

## Erklärung von Willy Brandt auf der Gipfelkonferenz in Paris (19. Oktober 1972)

**Legende:** Anlässlich des Pariser Gipfeltreffens erläutert Bundeskanzler Willy Brandt den Staats- und Regierungschefs der erweiterten Gemeinschaften am 19. Oktober 1972 seine außenpolitischen Prioritäten.

**Quelle:** Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 20.10.1972, Nr. 147. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Erklärung von Willy Brandt auf der Gipfelkonferenz in Paris", p. 1753-1756.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/erklarung\\_von\\_willy\\_brandt\\_auf\\_der\\_gipfelkonferenz\\_in\\_paris\\_19\\_oktober\\_1972-de-738f4ac0-b709-45fb-b166-03517ec79908.html](http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_willy_brandt_auf_der_gipfelkonferenz_in_paris_19_oktober_1972-de-738f4ac0-b709-45fb-b166-03517ec79908.html)

**Publication date:** 03/07/2013

<t1>Erklärung des Bundeskanzlers auf der Gipfelkonferenz in Paris (19. Oktober 1972)</t1>

Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Präsident, dafür danken, daß Sie uns zu dieser Konferenz nach Paris eingeladen haben.

Sodann möchte ich sagen, wie sehr wir uns darüber freuen, daß unsere britischen, dänischen und irischen Freunde heute gemeinsam mit uns an diesem Tisch sitzen. Daß neun Völker mit mehr als 250 Millionen Menschen sich in der erweiterten Gemeinschaft vereinen und zwar in dem Willen zu einem immer engeren Zusammenschluß" , dies ist ein Vorgang von historischer Bedeutung.

Für unsere Völker und für viele andere - ist es wichtig zu wissen, daß dieser europäische Zusammenschluss der Sicherung und der Festigung des Friedens dient.

Unsere Völker sollen auch wissen, daß diese Gemeinschaft ihrer Wohlfahrt dient und daß sie für den gemeinsamen Fortschritt weiterhin viel bedeuten wird.

Es mag nützlich sein, die Zielsetzungen der europäischen Einigung erneut zu bekräftigen. Ich bin dafür. Aber ich glaube nicht, daß von dieser Konferenz Zukunftsmusik erwartet wird. Was man von uns zu Recht erwartet, sind realistische Beschlüsse für die vor uns liegenden Monate und die nächsten Jahre.

Vor allem müssen wir uns vergewissern, daß die erweiterte Gemeinschaft handlungsfähig sein wird nach innen und außen.

Nach innen bedeutet dies, daß die Wirtschafts- und Währungsunion zügig weitergeführt wird. Dazu gehört die Schaffung des Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit.

Aber es ist unserer Meinung nach - der gemeinsamen Aufgabe wegen - insbesondere notwendig, daß wir auf dieser Konferenz ein Zeichen setzen und konkrete Beschlüsse fassen, um der inflationären Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Nach außen ist mit Befriedigung von den Abkommen Kenntnis zu nehmen, durch die die Gemeinschaft mit jenen europäischen Staaten verbunden sein wird, die ihr nicht oder noch nicht beitreten wollen. Ich beziehe hier die Abkommen mit den europäischen Mittelmeer-Anrainern mit ein.

Wir werden über unser Verhältnis zu den großen Partnern der Industrielwelt, insbesondere den Vereinigten Staaten, zu sprechen haben. Über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Osteuropa. Über unsere Partnerschaft mit den Entwicklungsländern.

Wichtig ist bei alledem, daß die Gemeinschaft ohne sich zu übernehmen ihre Bereitschaft zu weltweiter Verantwortung erkennt.

Die Welthandelsfragen im Rahmen des GATT und die Neuordnung des Weltwährungssystems erfordern von uns ein einheitliches, konstruktives Konzept.

Auf noch kürzere Sicht müssen wir unsere Bemühungen koordinieren, um der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in ganz Europa zu einer soliden Vorbereitung zu verhelfen.

Wenn wir uns außerdem noch darüber verständigen, wie die Effizienz der Organe unserer Gemeinschaft gesteigert werden kann, wird diese Konferenz mit einem guten Ergebnis abgeschlossen werden können. Die deutsche Delegation wird ihren Beitrag hierzu leisten.

Sie wissen, daß bei uns in der Bundesrepublik Deutschland Wahlen bevorstehen. Sie wissen vermutlich auch, daß die Fragen der westeuropäischen Einigung dabei im wesentlichen nicht umstritten sind.

Der Vertrag über die Erweiterung der Gemeinschaft hat im Bundestag einstimmige Billigung gefunden, ebenso wie Ende 1969 die Ergebnisse der Haager Konferenz und 1971 die Beschlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion so gut wie einhellige Zustimmung gefunden hatten.

<gr>I.</gr>

Die zweifellos wichtigste der jetzt vor uns liegenden Aufgaben ist die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion. Seit dem Beschluß von Den Haag haben wir erste Etappen verwirklichen können trotz der Krise des internationalen Währungssystems und im Gegensatz zu weitverbreiteten skeptischen Erwartungen.

Mit dem Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit, dessen Errichtung wir hier beschließen wollen, nimmt ein Stück Währungsunion konkrete Gestalt an. Ich meine, daß diese Verständigung großes Gewicht hat.

Noch größeres Gewicht als der Schaffung neuer Einrichtungen kommt meiner Meinung nach in diesem Augenblick dem Bemühen zu, die Ziele der Wirtschaftspolitik klar zu definieren. Denn der Erfolg der Gemeinschaft hängt in hohem Maße davon ab, ob es gelingt, wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität in Übereinstimmung zu bringen.

In einigen Ländern Europas ist die Vollbeschäftigung nicht gesichert. In allen Ländern aber ist die Stabilität der Preise zur Zeit das am meisten gefährdete Ziel der Wirtschaftspolitik.

Ich sehe diese Entwicklung mit Besorgnis, denn auf die Dauer würden, nach der Überzeugung meiner Regierung, stark inflationäre Tendenzen nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das soziale und politische Fundament der Gemeinschaft erschüttern können.

Diese Konferenz sollte deshalb unsere gemeinsame Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß wir eine "Gemeinschaft der Stabilität" schaffen wollen. Ich halte es für erforderlich, daß wir unverzüglich konkrete gemeinschaftlich festzulegende Maßnahmen zur Stabilisierung der Preise in die Wege leiten. Rat und Kommission sollten am 30. und 31. Oktober ein derartiges Programm im einzelnen beschließen und es kontinuierlich ergänzen.

Aus unserer Sicht muß es in erster Linie darum gehen, die viel zu starke Geld- und Kreditexpansion einzudämmen. Die internationalen Ursachen sind bekannt. Um so mehr kommt es darauf an, daß die Europäische Gemeinschaft bei den Verhandlungen über die Reform des

Weltwährungssystem eine Politik verfolgt, die der Stabilität dient, indem sie die Ausweitung der internationalen Liquidität in vertretbaren Grenzen hält.

Die Quellen der Inflation liegen aber natürlich nicht nur auf monetärem Gebiet. Es kommt deshalb darauf an, daß wir in der Gemeinschaft auch weit mehr als bisher zu einer Abstimmung der Fiskal- und Einkommenspolitik gelangen.

Schließlich, so meine ich, sollte die Gemeinschaft sich die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung soweit wie möglich zunutze machen. Dies bedeutet: Eine weltoffene, liberale Handelspolitik liegt im ureigenen Interesse der Gemeinschaft und ihrer Verbraucher.

Die Wiedergewinnung der Preisstabilität wird nicht leicht sein. Kein Land allein wird dabei auf die Dauer Erfolg haben. Aber gemeinsam können wir es schaffen. Die Bürger in unseren Ländern erwarten von dieser Konferenz ein stabilitätspolitisches Signal. Wir dürfen sie nicht enttäuschen.

Ich bin dankbar dafür, daß der erste Punkt unserer Tagesordnung auch vom "sozialen Fortschritt" handelt. Mir geht es sehr darum, daß unseren Menschen klar wird, was diese Gemeinschaft für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen bedeutet und bedeuten kann.

Soziale Gerechtigkeit darf kein abstrakter Begriff bleiben und sozialer Fortschritt nicht als bloßes Anhängsel des wirtschaftlichen Wachstums mißverstanden werden. Wenn wir eine europäische Perspektive der Gesellschaftspolitik entwickeln, wird es vielen Bürgern unserer Staaten auch leichter werden, sich selbst mit der Gemeinschaft zu identifizieren.

Ich schlage vor, daß diese Konferenz die Organe der Gemeinschaft beauftragt, möglichst kurzfristig ein Aktionsprogramm vorzubereiten. Als Beitrag hierzu habe ich ein Memorandum ausarbeiten lassen, das Ihnen verteilt worden ist.

Regionalpolitik gehört mit in diesen Bereich. Gravierende regionale Ungleichgewichte müssen allmählich eingeebnet werden. Die Bundesregierung ist einverstanden, daß neben den sofort verfügbaren

Mitteln aus dem Agrarfonds zu Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion aus den eigenen Einnahmen der Gemeinschaft hierzu Mittel zur Verfügung gestellt werden.

In den gesellschaftspolitischen Bereich - der von der verbesserten Lebensqualität unserer Bürger handelt - gehört auch eine gemeinsame Umweltschutzpolitik. Ich schlage vor, daß diese Konferenz den Institutionen der Gemeinschaft den Auftrag gibt, möglichst kurzfristig auf Grund der vorhandenen Vorarbeiten ein Aktionsprogramm fertigzustellen. Die Bundesregierung betrachtet das Treffen der Umweltminister, zu dem sie nach Bonn eingeladen hat, als eine Etappe auf dem Weg zu diesem Ziel.

Zur Wirtschafts- und Währungsunion gehören auch die gemeinsame Industrie-, Wissenschafts- und Technologiepolitik. Seit der Haager Konferenz ist in diesen Bereichen nicht viel geschehen. Unsere Leistungskraft im weltweiten Austausch und insbesondere unsere Möglichkeiten der Kooperation mit Osteuropa hängen aber hiervon wesentlich mit ab. Ich schlage vor, daß diese Konferenz die Organe der Gemeinschaft einlädt, auf Grund der Vorarbeiten möglichst kurzfristig Vorschläge zu machen, welche konkreten Fortschritte in diesen Bereichen in absehbarer Zeit zu erzielen sind.

<gr>II.</gr>

Zu Recht beschäftigt uns die Frage, wie unsere gemeinschaftlichen Institutionen besser instand gesetzt werden können, ihre Aufgaben die alten und die neuen rasch und wirksam zu erfüllen.

Eine Änderung der Verträge steht zur Zeit nicht zur Debatte. Angesichts der zu erwartenden Entwicklung, insbesondere im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion, werden wir allerdings den Erfordernissen einer institutionellen Erneuerung nicht mehr allzulange aus dem Wege gehen können.

Ich will mich heute auf solche Hinweise beschränken, die im Rahmen der vertraglichen Bestimmungen liegen:

Im Rat muß die Entscheidungsfähigkeit erhöht werden. Dazu scheint mir eine gewisse Permanenz und Straffung der Ratsarbeit in Brüssel erforderlich zu sein. Sie wissen, daß meine Regierung hierzu ein

en Vorschlag gemacht hat, der die Außen- und Wirtschaftsminister von einem Teil ihrer Arbeit entlasten und auch der innerstaatlichen Koordinierung zugute kommen würde.

Das Europäische Parlament muß in seinen Befugnissen gestärkt werden. Ich schlage vor, daß die Konferenz die Organe der Gemeinschaft beauftragt, innerhalb einer kurzen Frist einen Plan zur schrittweisen Erweiterung der Haushalts- und Gesetzgebungsbefugnisse sowie der Kontrollrechte des Parlaments auszuarbeiten.

Daneben gibt es die aus den Römischen Verträgen herrührende Frage nach dem Wahlmodus. Ich möchte keinen Zweifel daran lassen, daß die direkte Wahl bei uns in der Bundesrepublik überwiegend bejaht wird und vom Bundestag wiederholt gefordert worden ist. Ebenso offen will ich allerdings sagen, daß wenig damit gewonnen ist, wenn über direkte Wahlen nur geredet wird. Solange sie noch nicht möglich sind, sollte die demokratische Legitimation der von den nationalen Parlamenten gewählten Abgeordneten nicht herabgemindert werden. Und es sollte auch nicht übersehen werden, daß ein wesentlicher Teil der parlamentarischen Kontrolle nämlich, soweit sie die Politik der Regierungen im Rat betrifft - zwangsläufig bei den nationalen Parlamenten verbleibt. Das Hauptgewicht würde ich jetzt darauf legen, daß die Stellung des Parlaments gestärkt wird.

Den Wirtschafts- und Sozialausschuß sollten wir bei alledem nicht geringschätzen oder gar übersehen. Ich bin dafür, daß ihm ein gewisses Selbstbefassungsrecht eingeräumt wird.

Schließlich sollten wir sicherstellen, daß das bewährte gemeinschaftliche System auf alle Bereiche ausgedehnt wird, die in den fortschreitenden Integrationsprozeß zur Wirtschafts- und Währungsunion einbezogen werden müssen. Der Vertrag bietet auch ohne Vertragsänderung hierzu Ansatzpunkte, die es auszuschöpfen gilt.

Wir sollten uns in den vor uns liegenden Jahren auf die schrittweise und möglichst eng miteinander verbundene Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und der politischen Einheit konzentrieren.

Ich habe bei anderer Gelegenheit gesagt und möchte auch hier nicht verhehlen: Im Verlauf der Entwicklung muß eine vernünftig organisierte europäische Regierung geschaffen werden, die auf den Gebieten der gemeinsamen Politik die erforderlichen Entscheidungen treffen kann und deren Amtsführung parlamentarisch kontrolliert wird.

Dies führt in eine Zeit hinein, in der man unsere Gemeinschaft - über die hoffentlich auch jetzt schon wesentlich zu verstärkende außenpolitische Zusammenarbeit hinaus - auch als politische Gemeinschaft verstehen wird.

Die Bundesrepublik Deutschland steht bereit, diesen Weg mitzugehen. Dabei ist uns bewußt, daß zunächst die Entwicklung in den gemeinschaftlichen Einzelbereichen voranzubringen sein wird. Um so wichtiger ist es, daß wir von Jahr zu Jahr konkrete Fortschritte erzielen können und daß wir darüber auch so zu berichten verstehen, daß es die Menschen begreifen.

<gr>III.</gr>

In Den Haag hatte ich meine Rede mit dem Ausdruck des Bedauerns begonnen, daß damals interne Gemeinschaftsprobleme uns von einer zentralen Aufgabe ablenkten: Die auswärtigen Beziehungen der Gemeinschaft.

Heute muß diese Aufgabe den ihr gebührenden Rang erhalten.

Die erweiterte Gemeinschaft kann sich nicht damit begnügen, in der Welt lediglich durch ihr wirtschaftspolitisches Gewicht präsent zu sein. Sie muß diese Präsenz in den Dienst allgemein-politischer Aufgaben stellen. Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten werden aber nur dann zu mehr Vernunft und Ausgleich, mehr Frieden und Wohlfahrt in der Welt beitragen können, wenn sie auf Grund sorgfältig ausgearbeiteter, gemeinsamer Positionen möglichst geschlossen auftreten. Der Identität im Innern muß zunehmend auch die Identität nach außen entsprechen.

Das bedeutet, unsere Anstrengungen bei der Gestaltung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft erheblich zu intensivieren und auch die Standpunkte im Rahmen der außenpolitischen Zusammenarbeit zunehmend zu harmonisieren.

Gerade das regelmäßige Gespräch mit den Partnern in der Welt hilft der Gemeinschaft zu größerer Selbstidentifizierung. Die Bundesre



gierung drängt deshalb darauf, daß wir uns hier dazu entscheiden, einen organischen Dialog zunächst mit unserem wichtigsten Partner, den USA, in die Wege zu leiten. Wir sollten den Organen der Gemeinschaft den Auftrag geben, einen regelmäßigen Meinungsaustausch auf hoher Ebene zu führen.

Westeuropa und Amerika brauchen einander als selbstbewußte, gleichberechtigte Partner. Ich begrüße, daß der Präsident der Vereinigten Staaten seinerseits eine "Dynamisierung" der Beziehungen zu Westeuropa in Aussicht gestellt hat.

In der jüngsten Vergangenheit haben beide Teile den Blick zu sehr auf Fragen des jeweiligen kurzfristigen eigenen Interesses gelenkt. Sie sollten sich vornehmen, in Zukunft Aufgaben, die die beiderseitige weltpolitische Verantwortung ihnen stellt, in Abstimmung zu lösen.

Ein regelmäßiger Meinungsaustausch sollte schrittweise auch mit unseren übrigen wichtigen Welthandelspartnern eingeleitet werden. Ich denke dabei an Kanada und natürlich auch an Japan.

Niemand von uns kann leugnen, daß sich zwischen Außenwirtschaft und Außenpolitik keine künstliche Wand ziehen läßt. Der Charakter der Gemeinschaft als bedeutender wirtschaftlicher Faktor in der Welt verlangt, Außenwirtschaftspolitik und Außenpolitik in Abstimmung miteinander zu sehen.

Gemeinschaftliche Tätigkeit und außenpolitische Zusammenarbeit sollten deshalb vernünftigerweise dergestalt miteinander verbunden werden, wie es die Sachthemen verlangen. Die seit Den Haag eingeleitete und recht befriedigend angelaufene politische Zusammenarbeit bedarf der Weiterentwicklung.

Die Konsultationen der Außenminister stellen nur einen Teil der politischen Einigung dar, deren fortschreitende Verwirklichung wir uns im Haag vorgenommen haben. Im Einklang mit dem Mandat, das im Luxemburger Bericht niedergelegt wurde, schlage ich deshalb vor, daß unsere Außenminister beauftragt werden, baldmöglichst in einem "Zweiten Bericht" konkrete Vorschläge vorzulegen.

Bei der Behandlung unseres ersten Tagesordnungspunktes war scho

n von der Reform des Welthandelssystems im GATT, und zwar durch entschiedene Liberalisierungsmaßnahmen, und ebenso von der Neuordnung des Weltwährungssystems im Internationalen Währungsfonds, und zwar durch umfassende Stabilitätsschritte, die Rede. Ich schlage vor, daß wir Auftrag geben, hierzu möglichst rasch gemeinschaftliche Konzeption zu erarbeiten, die wir miteinander in den genannten Organisationen einbringen.

Dabei sollte die Gemeinschaft sich als weltoffener, kooperationsbereiter und verantwortungsbewußter Partner profilieren.

Dies gilt auch im Verhältnis gegenüber der Sowjetunion und dem europäischen Osten.

Seit der Haager Konferenz und im vertrauensvollen Zusammenwirken mit ihren westlichen Partnern hat die Bundesregierung jene Hindernisse im Verhältnis zur Sowjetunion und zu anderen Staaten des Warschauer Pakts aus dem Wege geräumt, die niemand anders an ihrer Stelle wegräumen konnte. So haben wir unseren Beitrag geleistet, damit - unbeschadet der weiterwirkenden und nicht zu überbrückenden Gegensätze - die Zusammenarbeit zwischen der westeuropäischen und der osteuropäischen Hälfte unseres Kontinents verbessert werden kann. Wir Deutschen hoffen natürlich, daß der Austausch zwischen den Völkern in Ost und West auch unserem eigenen Volk zugute kommen wird.

Die Gemeinschaft sollte sich bereiterklären, auf der bevorstehenden Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit ihre Kenntnisse und ihre Fähigkeiten - vor allem im Rahmen unserer demnächst einzusetzenden gemeinsamen Handelspolitik - für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Ich schlage vor, hier zu vereinbaren, daß wir in allen Fragen, die uns gemeinsam betreffen, auf der bevorstehenden Konferenz aufeinander abgestimmt tätig werden.

Durch die Bereitschaft zur Kooperation stellt die Gemeinschaft sich nicht in Frage, wie manche fürchten mögen, sondern sie stärkt auch hierdurch ihre eigene Identität. Sie gewinnt nur, wenn sie sich als Bestandteil eines neu zu schaffenden Systems der vertrauensvollen Koexistenz" in Gesamteuropa, das heißt zwischen allen Staaten in Europa, versteht.

Wir gehen davon aus, daß die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten die Gemeinschaft in ihrer vertraglichen Gestalt und in ihre

er politischen Zielsetzung ihrer Haltung uns gegenüber zugrunde legen. Dies entspricht übrigens weithin den Eindrücken, die ich in Gesprächen mit der sowjetischen Führung gewonnen habe.

Im Verhältnis der Gemeinschaft zur Dritten Welt haben die Sechs durch die Assoziation mit zahlreichen afrikanischen Staaten ein internationales Modell für eine gleichberechtigte, institutionell auf paritätischer Grundlage gesicherte Verbindung zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern geschaffen. Dieses Werk muß unter Beteiligung der vergleichbaren Staaten, die aus dem Commonwealth stammend im Zuge der Erweiterung die Beteiligung wünschen, sowie der in Frage kommenden Mittelmeerränder fortgeführt werden.

Der Mittelmeerraum das sollte hier nicht unausgesprochen bleiben stellt für die Europäische Gemeinschaft eine Region von vitaler Bedeutung dar.

Der durch Assoziierung erfaßte Raum, der durch seine geographische Nähe und historische Bindung zu Europa charakterisiert ist, sollte jedoch nicht weiter ausgedehnt werden. Darüber hinaus sollte die Assoziationspolitik in ein weltweites Konzept eingebettet werden, das die Gemeinschaft auch gegenüber den Entwicklungsländern in Asien und Lateinamerika als Partner manifestiert.

Ich schlage vor, daß wir uns grundsätzlich bereit erklären, die Entwicklungspolitik unserer Staaten schrittweise in der Gemeinschaft zusammenzufassen und die kurzfristige Vorlage von konkreten Vorschlägen in Auftrag geben.

In der globalen Entwicklungspolitik sollten wir eine enge Zusammenarbeit mit Amerika, Japan und den anderen Industrieländern suchen.

Bei allem Verständnis für die großen Erfordernisse werden wir nicht umhin kommen können, die akuten Probleme und die allgemeine Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaften zu berücksichtigen. Schematische Prozentzahlen für finanzielle Leistungen scheinen mir die Problematik zu verengen. Sie versperren die Sicht auf zahlreiche Handlungsmöglichkeiten, die uns außerdem zur Verfügung stehen.

Dazu gehört nicht zuletzt auch die Bereitschaft, strukturelle Wandl

ungen in unserem wirtschaftlichen Gefüge nicht nur hinzunehmen, sondern sogar, wenn erforderlich, zu unterstützen, gegebenenfalls auch gemeinschaftlich. Die Nationen der Dritten Welt könnten damit einen besseren Platz auf unseren Märkten erlangen.

Im Gegensatz zur Haager Konferenz haben wir diesmal einen sehr viel größeren Katalog von Fragen vor uns auf dem Tisch. Mir kommt es darauf an, daß diese Konferenz die jetzt möglichen nächsten Schritte realistisch und nüchtern festlegt.